

Wiesbaden, 13. Januar 2023

## Pressekonferenz „Bruttoinlandsprodukt 2022 für Deutschland“

am 13. Januar 2023 in Berlin

Statement von Dr. Ruth Brand, Stefan Hauf, Michael Kuhn und  
Peter Schmidt

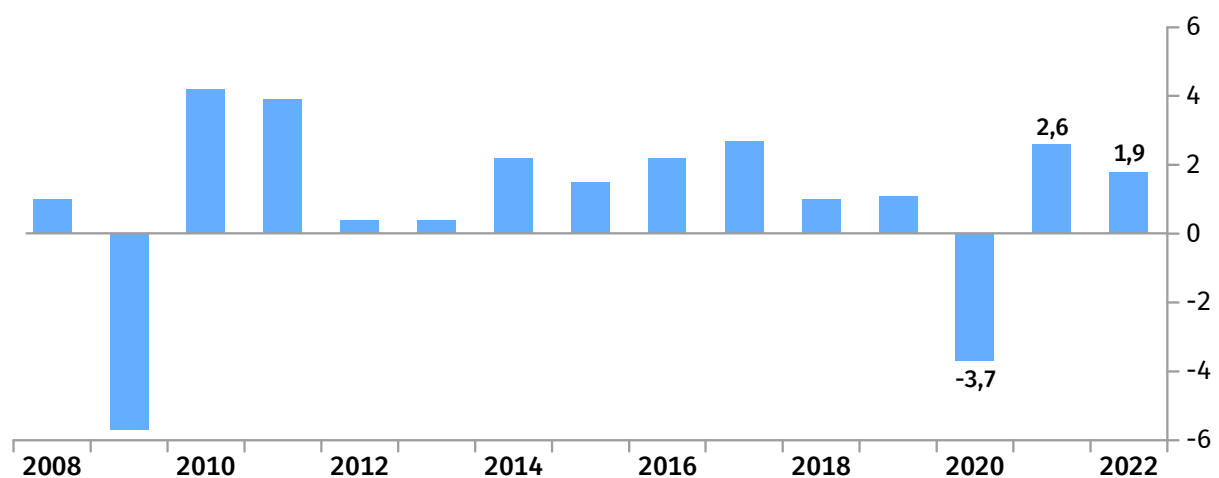
– Es gilt das gesprochene Wort –

1. Trotz des Kriegs in der Ukraine und der Energiekrise hat sich die deutsche Wirtschaft im dritten Jahr der Corona-Pandemie weiter erholt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2022 um 1,9 % gestiegen.

Schaubild 1a

### Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



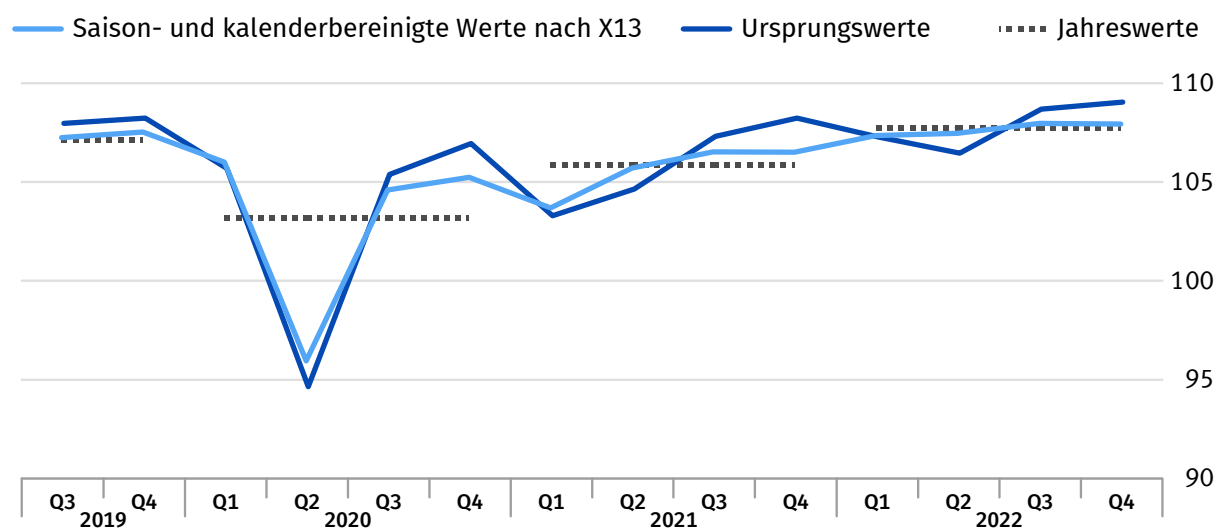
## Seite - 2 -

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug das Wachstum 2,0 %. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor der Corona-Pandemie, war das BIP preisbereinigt um 0,7 % höher. Die deutsche Wirtschaft hat sich damit weiter vom tiefen Einbruch im ersten Corona-Krisenjahr erholt.

Schaubild 1b

**Vierteljährliches Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**

Preisbereinigt; Kettenindex 2015 = 100



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Jahr 2022 vor allem geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine, zu denen extreme Energiepreiserhöhungen zählten. Hinzu kamen dadurch verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise für weitere Güter wie beispielsweise Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie. Trotz dieser nach wie vor schwierigen Bedingungen konnte sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 insgesamt gut behaupten.

Im Frühjahr 2022 wurden fast alle Corona-Schutzmaßnahmen aufgehoben. Dies trug zunächst zur Erholung der deutschen Wirtschaft bei. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine Ende Februar und den in der Folge extrem steigenden Energiepreisen wurde der Aufschwung gebremst. Lieferengpässe und stark anziehende Einfuhr- und Erzeugerpreise erschwerten die Lage weiter. Die Inflationsrate stieg so hoch wie noch nie seit der deutschen Vereinigung. In der Folge kam die konjunkturelle Erholung Deutschlands ins Stocken.

In der aktuellen BIP-Jahresrechnung ist implizit eine Schätzung für das 4. Quartal 2022 enthalten, die aber zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt und dadurch auf einer unvollständigeren Datenbasis durchgeführt wurde als die reguläre Quartalsrechnung. Dementsprechend ist das Ergebnis für das 4. Quartal noch mit hoher Unsicherheit behaftet. Nach bisherigen Erkenntnissen stagnierte das BIP im 4. Quartal 2022 preis-, saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal, nachdem es im 3. Quartal 2022 noch gewachsen war.

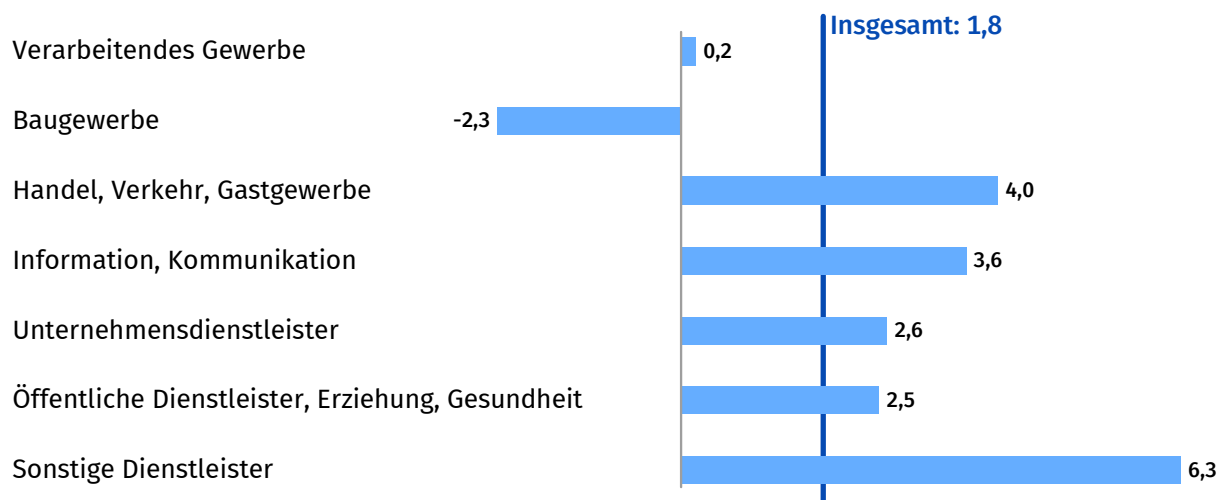
Seite - 3 -

## 2. Nachholeffekte führten in den Dienstleistungsbereichen zu kräftigen Zuwächsen, während hohe Preise den Bau bremsten.

Schaubild 2

### Bruttowertschöpfung ausgewählter Wirtschaftsbereiche 2022 in Deutschland

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

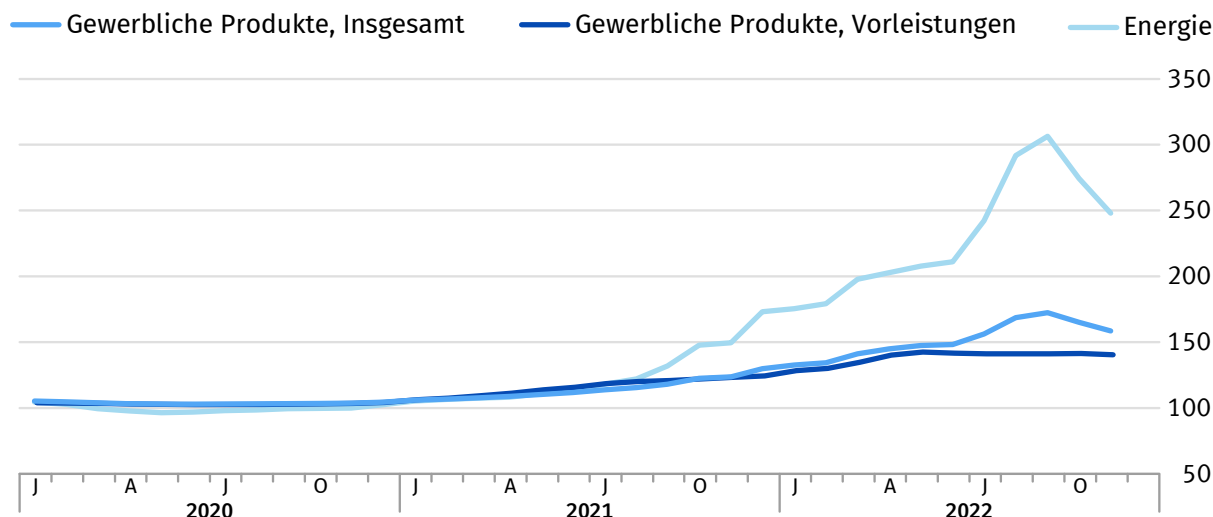
Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung stieg im Jahr 2022 insgesamt um 1,8 % gegenüber dem Jahr 2021. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich: Einige Dienstleistungsbereiche profitierten nach dem Wegfall nahezu aller Corona-Schutzmaßnahmen von Nachholeffekten. Besonders stark zulegen konnten die Sonstigen Dienstleister, zu denen auch die Kreativ- und Unterhaltungsbranche zählt (+6,3 %). Auch die Wirtschaftsbereiche Verkehr und Gastgewerbe profitierten von der Aufhebung der Schutzmaßnahmen und sorgten für ein kräftiges Plus im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (+4,0 %). Die Bruttowertschöpfung im Handel ging dagegen zurück, nachdem sie im Vorjahr noch gestiegen war. Der Bereich Information und Kommunikation knüpfte an seine langjährige, nur im ersten Corona-Jahr 2020 gebremste Wachstumsgeschichte an und verzeichnete ebenfalls einen deutlichen Zuwachs (+3,6 %). Im Baugewerbe, das vergleichsweise gut durch die Corona-Krise gekommen war, führten Material- und Fachkräftemangel, hohe Baukosten und zunehmend schlechtere Finanzierungsbedingungen dagegen zu einem deutlichen Rückgang der Bruttowertschöpfung (-2,3 %). Die hohen Energiepreise und die immer noch eingeschränkte Verfügbarkeit von Vorprodukten bremsten auch die Wirtschaftsleistung im Verarbeitenden Gewerbe, die im Vorjahresvergleich kaum zunahm (+0,2 %). Hier lohnt eine etwas genauere Betrachtung, soweit die zu diesem frühen Zeitpunkt vorliegenden Daten es zulassen.

### 3. Materialmangel und hohe Preise beeinträchtigten die Industrieproduktion.

Schaubild 3a

#### Entwicklung der Erzeugerpreise

Index 2015 = 100

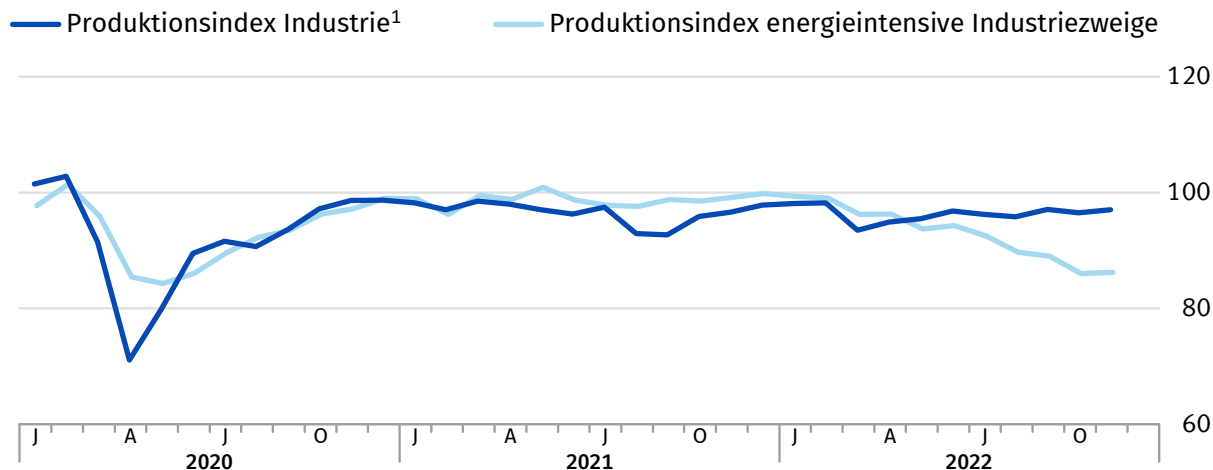


© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Schaubild 3b

#### Produktionsentwicklung in der Industrie und in energieintensiven Industriezweigen

Index 2015 = 100



1 Produzierendes Gewerbe ohne Energie und Baugewerbe.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Die Industrieproduktion litt vor allem in der ersten Jahreshälfte 2022 wie schon im Jahr 2021 unter gestörten internationalen Lieferketten. Engpässe bei Vormaterialien wurden durch den Krieg in der Ukraine noch verschärft. In der Folge konnte die Industrie ihre Aufträge nicht wie gewohnt abarbeiten. Die Liefer- und Transportengpässe schlugen sich in starken Preissteigerungen bei der Erzeugung und bei den Importen von Vorleistungsgütern nieder.

## Seite - 5 -

Entsprechend setzte sich bei den Erzeugerpreisen für Vorleistungsgüter bis Mai 2022 der kontinuierliche Anstieg aus dem Jahr 2021 fort. Zur Jahresmitte 2022 stabilisierten sich die Preise für Vorleistungsgüter. Laut Umfragen des ifo Instituts nahm die Materialknappheit im Verarbeitenden Gewerbe seither ab und behindert inzwischen deutlich weniger Unternehmen. Infolge des Kriegs in der Ukraine stiegen zu diesem Zeitpunkt aber die bereits seit Ende 2021 anziehenden Energiepreise massiv. Davon waren diejenigen Industriezweige besonders betroffen, die sehr energieintensiv produzieren müssen. Dazu gehören die Chemie- und Metallindustrie, die Herstellung von Papier und Pappe sowie die Herstellung von Glas, Keramik und die Verarbeitung von Steinen und Erden. Die Produktion in diesen [energieintensiven Wirtschaftszweigen](#) reagierte besonders stark auf die hohen Energiepreise und fiel dementsprechend kräftig.

Ausgelöst von steigenden Energiepreisen, Vorleistungs- und Importpreisen legten die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte von Januar bis November 2022 durchschnittlich um 34,1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Damit erhöhten sie sich sehr viel stärker als im Jahresdurchschnitt 2021 (+10,5 %).

Die Preissteigerungen auf der Erzeugerebene wurden nicht vollständig an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben. Mit steigendem Verarbeitungsgrad werden die Preissteigerungen oftmals geringer. Das kann unterschiedliche Gründe haben. Entscheidend ist, ob und in welchem Umfang Preiserhöhungen in den jeweiligen Märkten durchgesetzt werden können. Zudem wirkten die [Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung](#) dämpfend auf die Verbraucherpreise. Dazu gehören neben dem 9-Euro-Ticket, dem Tankrabatt und dem Wegfall der EEG-Umlage auch die Senkung der Umsatzsteuer auf Gas und Fernwärme sowie die einmalige Übernahme der Gas- und Wärmerechnung für den Monat Dezember. Dennoch lag die Inflationsrate – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) zum Vorjahr – im Jahresdurchschnitt 2022 voraussichtlich bei 7,9 % und damit zweieinhalbmal so hoch wie im Jahr 2021 (+3,1 %). Diese historisch hohe Jahresteuerrate wurde vor allem von den extremen Preisanstiegen für Energieprodukte und Nahrungsmittel seit Beginn des Kriegs in der Ukraine getrieben.

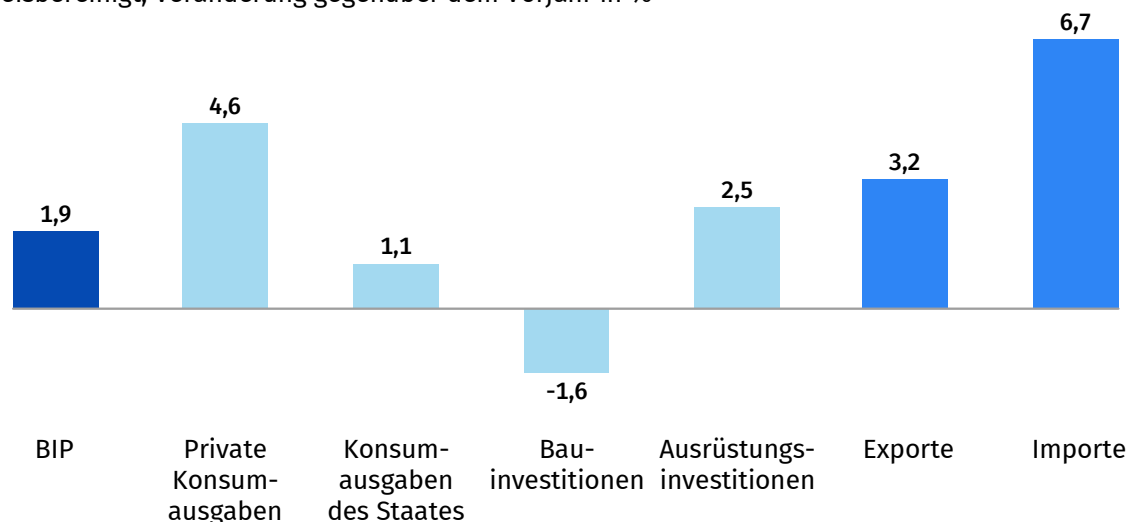
Seite - 6 -

#### 4. Vor allem die privaten Konsumausgaben und die Ausrüstungsinvestitionen stützten das Wachstum im Jahr 2022.

Schaubild 4a

##### Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2022

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Auf der Nachfrageseite waren die privaten Konsumausgaben im Jahr 2022 die wichtigste Wachstumsstütze der deutschen Wirtschaft. Sie stiegen preisbereinigt um 4,6 % im Vergleich zum Vorjahr und erreichten damit fast das Vorkrisenniveau von 2019. Grund hierfür waren Nachholeffekte im Zuge der Aufhebung fast aller Corona-Einschränkungen im Frühjahr 2022. Dies wird besonders deutlich bei den Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen im Inland (+45,4 %). Auch im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur gaben die privaten Haushalte in Deutschland wieder mehr aus als noch vor einem Jahr (+13,2 %).

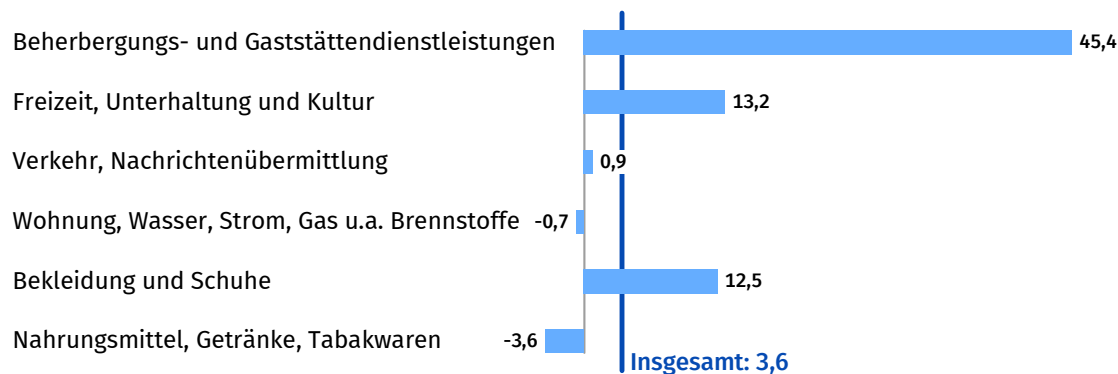
Der in den ersten beiden Corona-Jahren boomende Internet- und Versandhandel schwächte sich hingegen im Jahr 2022 ab: Die privaten Haushalte kauften weniger online als im Jahr 2021, aber immer noch deutlich mehr als vor der Corona-Pandemie. Niedriger als im Jahr zuvor waren auch die preisbereinigten Konsumausgaben für Nahrungsmittel. Ursachen hierfür dürften zum einen die Aufhebung der Corona-Beschränkungen in der Gastronomie gewesen sein und zum anderen die besonders starken Preissteigerungen für Lebensmittel. Auch für Erdgas gaben die privaten Haushalte preisbereinigt weniger aus als im Vorjahr: Eine mildere Witterung und Sparverhalten aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise waren die Hauptursachen für den geringeren Gasverbrauch.

## Seite - 7 -

Schaubild 4b

**Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland<sup>1</sup>  
 nach ausgewählten Verwendungszwecken 2022**

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Nicht enthalten sind die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der Saldo aus den Konsumausgaben der Inländer in der übrigen Welt und der Ausgaben Gebietsfremder im Inland.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Die Konsumausgaben des Staates erhöhten sich 2022 nach zwei stark von Corona geprägten Jahren vergleichsweise moderat um 1,1 %. Der Staat gab deutlich mehr Geld aus, um die zahlreichen Schutzsuchenden aus der Ukraine und anderen Staaten zu verpflegen und unterzubringen. Dagegen sanken die staatlichen Ausgaben zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, auch wenn weiterhin umfangreich Impfstoffe beschafft und finanziert wurden. Die Bauinvestitionen nahmen im Jahr 2022 preisbereinigt um 1,6 % ab. Dabei wirkten sich die fehlenden Baumaterialien und der Fachkräftemangel stärker im Wohnbau (-2,0 %) als im Nichtwohnbau (-1,1 %) aus. Zunehmende Auftragsstornierungen gewerblicher und privater Bauvorhaben im Zuge andauernd hoher Baupreise sowie steigende Bauzinsen verstärkten den negativen Trend der Bauinvestitionen im Jahresverlauf 2022.

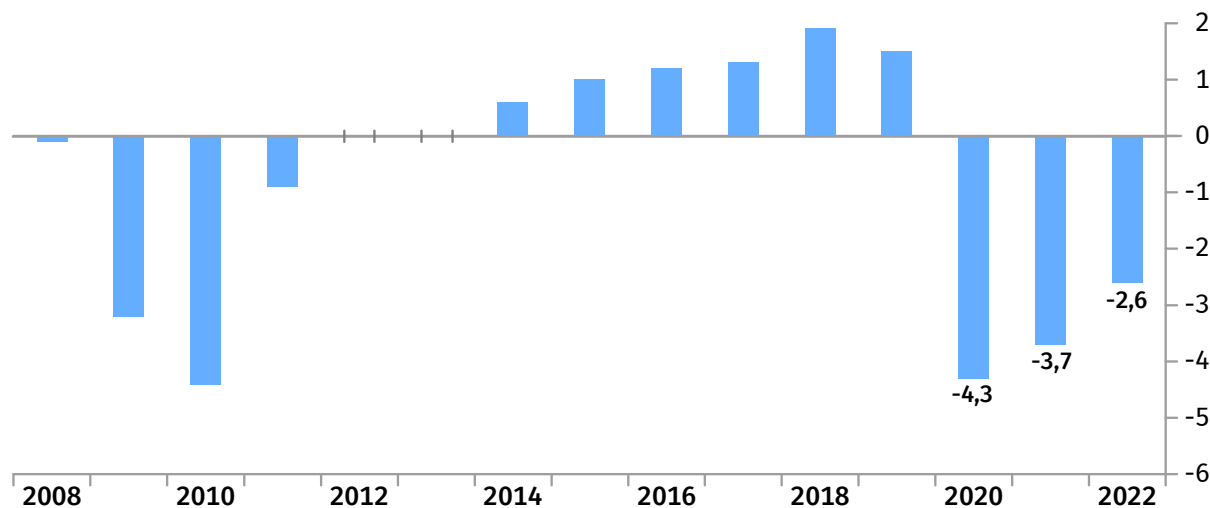
In Ausrüstungen – das sind vor allem Investitionen in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde 2022 dagegen preisbereinigt 2,5 % mehr investiert als im Vorjahr. Insbesondere die Pkw-Zulassungszahlen beeinflussten das Ergebnis in der zweiten Jahreshälfte positiv. Neben den privaten Konsumausgaben waren die Ausrüstungsinvestitionen damit ein Wachstumstreiber der Konjunkturentwicklung Deutschlands im Jahr 2022.

Der Außenhandel nahm trotz starker Preisanstiege im Jahr 2022 zu: Deutschland exportierte preisbereinigt 3,2 % mehr Waren und Dienstleistungen als im Vorjahr. Die Importe legten gleichzeitig sehr viel stärker um preisbereinigt 6,7 % zu. Der Außenbeitrag wirkte sich dadurch insgesamt negativ auf das BIP-Wachstum aus.

## 5. Neue Belastungen infolge der Energiekrise überlagerten die Entlastung des Staatshaushalts durch auslaufende Corona-Maßnahmen.

Schaubild 5a

### Finanzierungssaldo des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2022 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von 101,6 Milliarden Euro. Das waren knapp 33 Milliarden Euro weniger als im Jahr 2021 (134,3 Milliarden Euro). Gemessen am nominalen BIP errechnet sich für den Staat im Jahr 2022 eine Defizitquote von 2,6 %, die damit deutlich niedriger ist als in den beiden vorangegangenen Jahren. Sie liegt auch unterhalb des europäischen Referenzwertes von 3 % aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, der allerdings bis einschließlich 2023 ausgesetzt bleibt.

Im Jahr 2022 wurden die Entlastungen des Staatshaushalts durch die auslaufenden Corona-Maßnahmen von neuen Belastungen durch die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine überlagert. So brachte die Bundesregierung unter anderem drei Entlastungspakete auf den Weg, um den extrem steigenden Energiekosten entgegenzuwirken und Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wirtschaft zu unterstützen.

Die Entlastungspakete führten zu höheren Staatsausgaben, die überwiegend vom Bund finanziert wurden: Das Defizit des Bundes (-117,6 Milliarden Euro) war im Jahr 2022 genauso wie im Jahr 2021 etwas höher als das Defizit des Staates insgesamt. Die Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen realisierten jeweils leichte Finanzierungsüberschüsse.

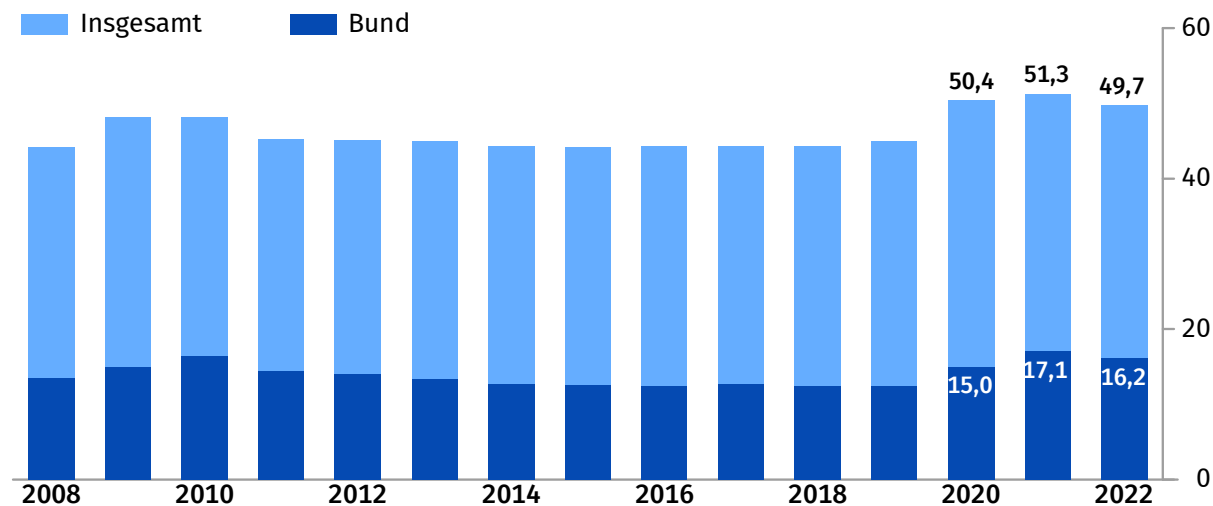
Der Staat erhöhte seine Ausgaben im Jahr 2022 nicht mehr ganz so stark wie im Vorjahr: Die Relation der Staatsausgaben zum BIP, die sogenannte Staatsquote, ging wieder etwas zurück auf 49,7 %. Im Zuge der Corona-Pandemie hatte sie 2021 mit 51,3 % einen Höchststand erreicht.



Schaubild 5b

**Staatsquote**

Relation der Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Die Ausgaben des Staates stiegen im Jahr 2022 um 3,9 % gegenüber dem Vorjahr. Hinter dem Ausgabenzuwachs stehen überwiegend Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und der daraus folgenden Energiekrise. Insbesondere erhöhten sich die sonstigen laufenden Transfers deutlich (+24,2 %), wobei der Anstieg in erster Linie auf die staatliche Energiepreispauschale sowie die finanzielle Unterstützung der Ukraine zurückzuführen ist. Ein weiterer Ausgabenposten mit starkem Zuwachs waren die geleisteten Vermögenstransfers (+27,5 %). Darin enthalten sind Maßnahmen des Bundes zur Stabilisierung von Energieversorgungsunternehmen. Daneben gab der Staat auch mehr für soziale Sachleistungen aus (+7,5 %). Dazu trugen vor allem Mehrausgaben für Heil- und Hilfsmittel, für Krankenhausbehandlungen und für die zentrale Impfstoffbeschaffung bei. Auch die vom Staat finanzierten Leistungen für ärztliche Behandlungen stiegen, verursacht unter anderem durch eine hohe Zahl von Atemwegserkrankungen. Die Subventionen gingen dagegen massiv zurück, was vor allem an stark rückläufigen Corona-Hilfen für Unternehmen lag. Durch die Belebung des Arbeitsmarktes und den Rückgang der Kurzarbeit zahlte der Staat auch weniger Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld.

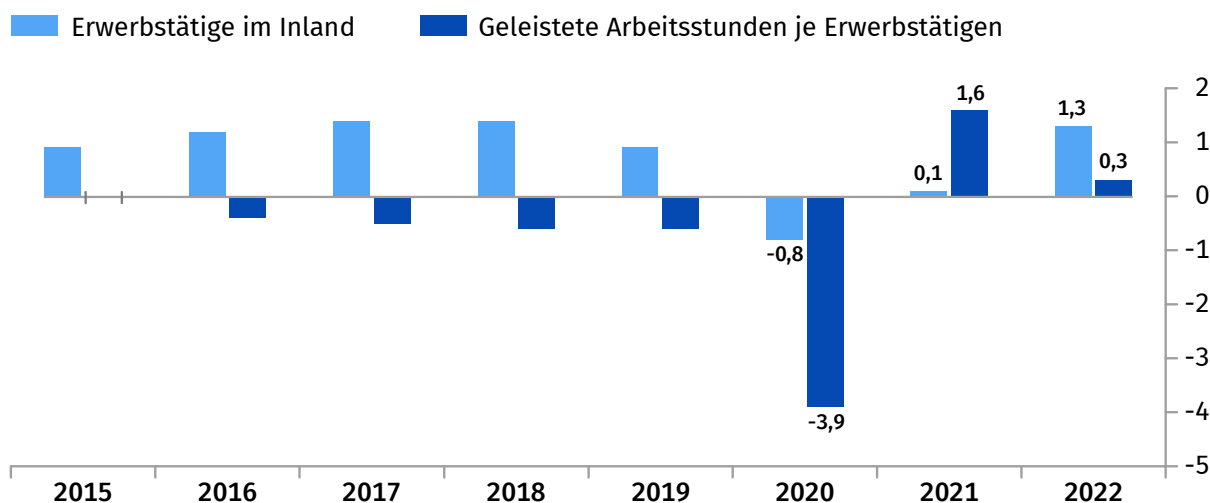
Die Einnahmen des Staates stiegen im Jahr 2022 um 6,1 % und damit stärker als die Ausgaben. Das lag insbesondere an deutlich höheren Steuereinnahmen, unter anderem als Folge der starken Preisanstiege, aber auch der wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise. Hinzu kam die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt, die für steigende Lohnsteuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge sorgte.

## 6. Historischer Höchststand auf dem Arbeitsmarkt.

Schaubild 6a

### Erwerbstätigkeit und Arbeitsstunden in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2022 von durchschnittlich 45,6 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 1,3 % oder 589 000 Personen mehr als im Jahr zuvor und so viele wie noch nie in Deutschland. Der bisherige Höchststand aus dem Jahr 2019 (45,3 Millionen) wurde damit überschritten. Im Jahr 2020 hatte die Corona-Pandemie erstmals seit 14 Jahren wieder zu einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl geführt, im Jahr darauf war die Erwerbstätigkeit nur sehr schwach gestiegen.

Die Beschäftigung nahm im Jahr 2022 unter anderem durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte, besonders aus der Ukraine, zu. Hinzu kam eine steigende Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung, insbesondere von weiblichen und älteren Erwerbspersonen. Diese positiven Effekte überwogen den dämpfenden Effekt des demografischen Wandels.

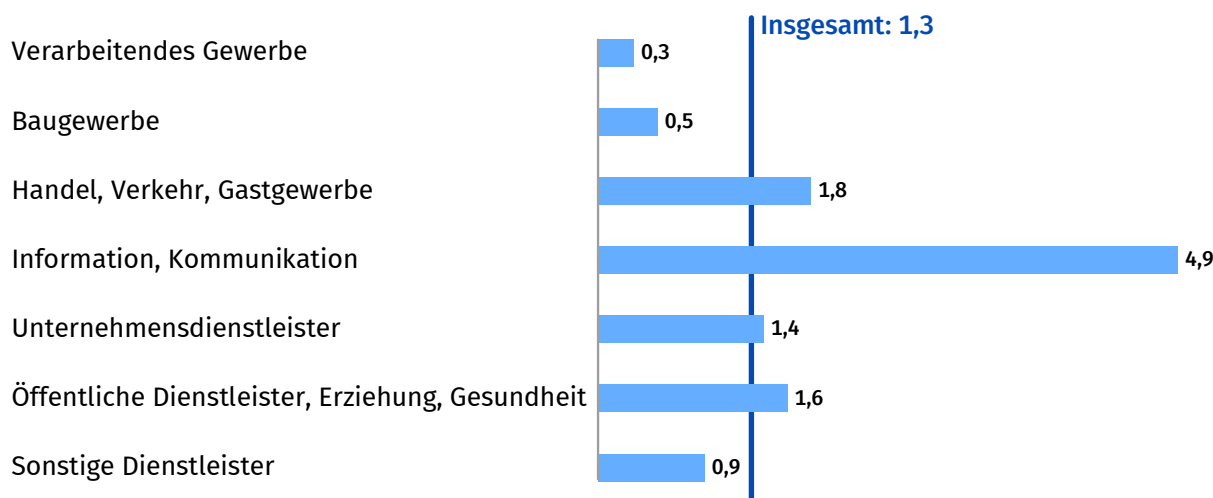
Ein Blick auf die Wirtschaftsbereiche zeigt, dass der Beschäftigungsaufbau fast ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen stattfand: Die größten Beschäftigungszuwächse gab es 2022 wie schon im Vorjahr im Bereich Information und Kommunikation (+4,9 %) sowie im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+1,6 %), in dem mehr als ein Viertel aller Erwerbstätigen beschäftigt ist. Ebenfalls deutlich wuchs die Beschäftigung im Handel, Verkehr, Gastgewerbe (+1,8 %) sowie bei den Unternehmensdienstleistern (+1,4 %). Die Beschäftigungsverluste der beiden Vorjahre konnten damit aber nicht ausgeglichen werden. Das gilt umso mehr für das Verarbeitende Gewerbe, in dem die Zahl der Erwerbstätigen 2022 lediglich um 0,3 % stieg. Im Baugewerbe gab es trotz Fachkräftemangel erneut einen kleinen Beschäftigungszuwachs von 0,5 %.

Seite - 11 -

Schaubild 6b

**Erwerbstätige nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen 2022 in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

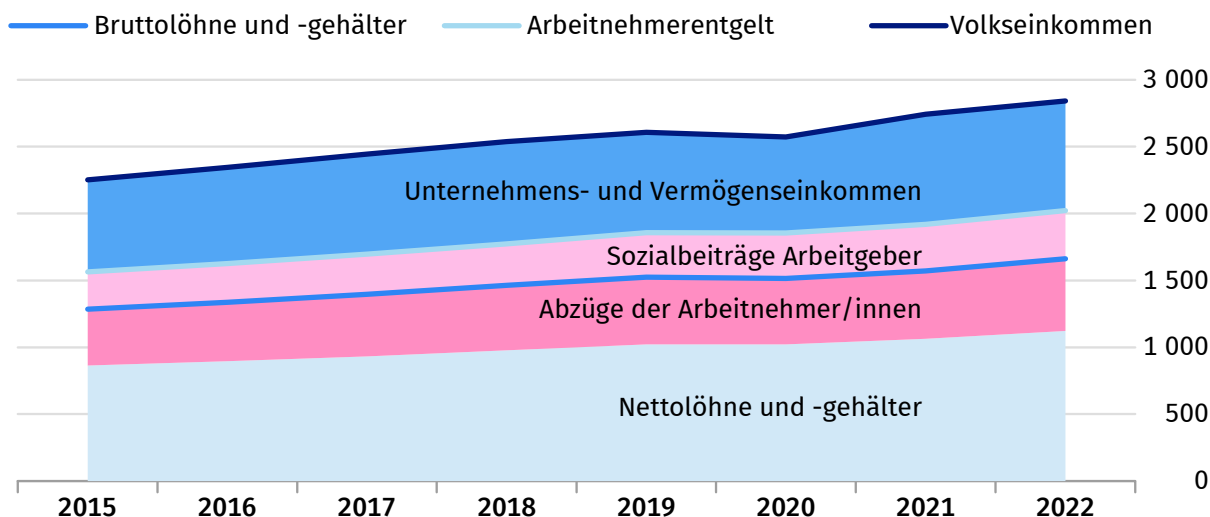
Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stieg im Jahresdurchschnitt 2022 um 643 000 Personen (+1,6 %). Der Großteil davon waren sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Zwar gab es auch mehr sogenannte marginal Beschäftigte (geringfügig entlohnte und kurzfristig Beschäftigte sowie Personen in Arbeitsgelegenheiten), allerdings blieb ihre Zahl deutlich unter dem Niveau des Jahres 2019. Von Beschäftigungsverlusten betroffen waren im Jahr 2022 vor allem Selbstständige (einschließlich mithelfender Familienangehöriger), deren Zahl wie bereits im Vorjahr abnahm. Insgesamt zeigte sich der Arbeitsmarkt im Jahr 2022 in einem weiterhin schwierigen Umfeld äußerst robust.

Im Jahr 2022 arbeiteten die Erwerbstätigen im Durchschnitt etwa 3,5 Stunden mehr als im Vorjahr. Das war eine Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden pro Kopf um 0,3 %. Dies zeigen vorläufige Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB). Hinter der geringen Veränderung stehen zwei gegenläufige Effekte: Einerseits wurde 2022 deutlich weniger Kurzarbeit in Anspruch genommen als 2021, andererseits erhöhte sich der Krankenstand merklich. Der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen zusammen mit der kaum veränderten Arbeitszeit pro Kopf führte zu einer Zunahme des Arbeitsvolumens im Jahr 2022. Die Zahl der von allen Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden stieg um 1,6 % auf 61,2 Milliarden Stunden. Sie lag damit noch 0,9 Milliarden Stunden unter dem Höchstwert von 2019.

## 7. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mussten trotz kräftig gestiegener Arbeitnehmerentgelte Reallohnverluste hinnehmen.

Schaubild 7

### Komponenten des Volkseinkommens in Mrd. Euro



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

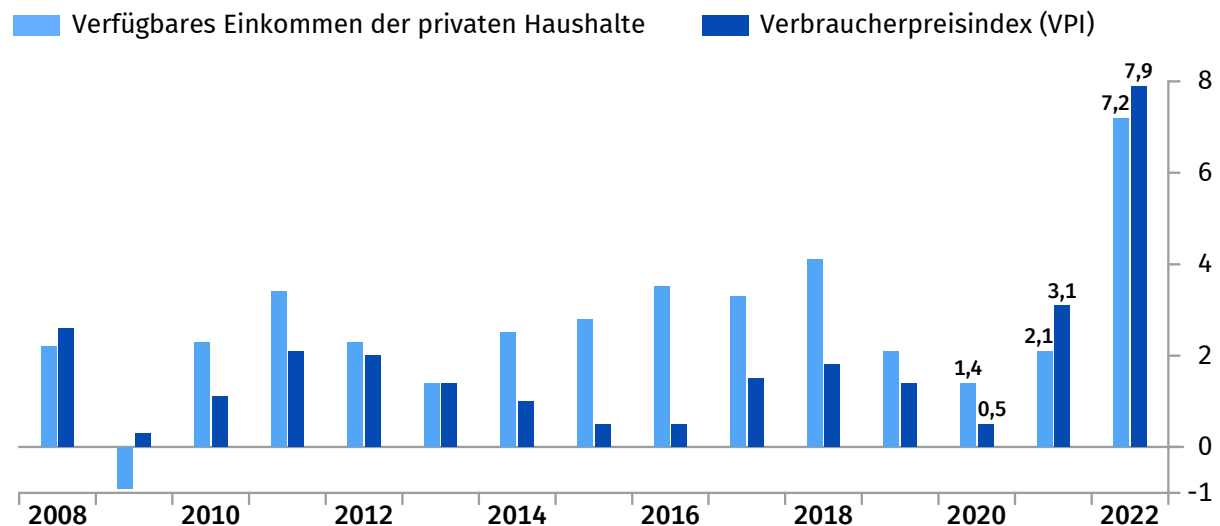
Das Arbeitnehmerentgelt nahm im Jahr 2022 um 5,5 % zu. Dagegen gingen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen vorläufigen Berechnungen zufolge leicht um 0,6 % zurück. Im Jahr 2021 waren sie noch stark gestiegen (+15,0 %). Das Volkseinkommen als Summe aus Arbeitnehmerentgelt und Unternehmens- und Vermögenseinkommen stieg auf rund 2 844 Milliarden Euro (+3,6 %).

Die Durchschnittslöhne stiegen im Jahr 2022, insbesondere weil die Kurzarbeit weiter zurückging und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als geringfügig Beschäftigte hinzukamen. In der Folge nahmen die Bruttolöhne und -gehälter um 5,9 % zu. Etwas schwächer war der Anstieg der Nettolöhne und -gehälter (+5,7 %), also abzüglich Sozialbeiträgen und Lohnsteuer. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stiegen deutlich, weil der Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung und der Zuschlag für Kinderlose zur gesetzlichen Pflegeversicherung erhöht wurden. Außerdem mussten durch den Rückgang der Kurzarbeit wieder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Sozialbeiträge vollständig selbst entrichten. Auch die Lohnsteuer stieg im Jahr 2022 deutlich an, obwohl das Steuerentlastungsgesetz die Aufkommensentwicklung dämpfte. Insgesamt ergaben sich aufgrund der extrem hohen Inflation im Jahr 2022 im Durchschnitt klare Reallohnverluste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

## 8. Die Kaufkraft der privaten Haushalte ging zurück, die Sparquote normalisierte sich.

Schaubild 8

### Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und Verbraucherpreisindex in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Durch die höheren Nettolöhne und -gehälter stieg im Jahr 2022 auch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, und zwar nominal um 7,2 %. Allerdings stiegen die Verbraucherpreise im zweiten Jahr in Folge stärker als das verfügbare Einkommen. Damit sank die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in jeweiligen Preisen nahmen 2022 stärker zu (+11,9 %) als das verfügbare Einkommen, die Sparquote sank gegenüber dem Vorjahr um rund 4 Prozentpunkte auf 11,2 %. Nach dem Wegfall der coronabedingten Einschränkungen und im Zuge der hohen Inflation näherte sich die Sparquote der privaten Haushalte damit wieder dem Vor-Corona-Niveau. Im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 hatte sie bei 10,9 % gelegen.

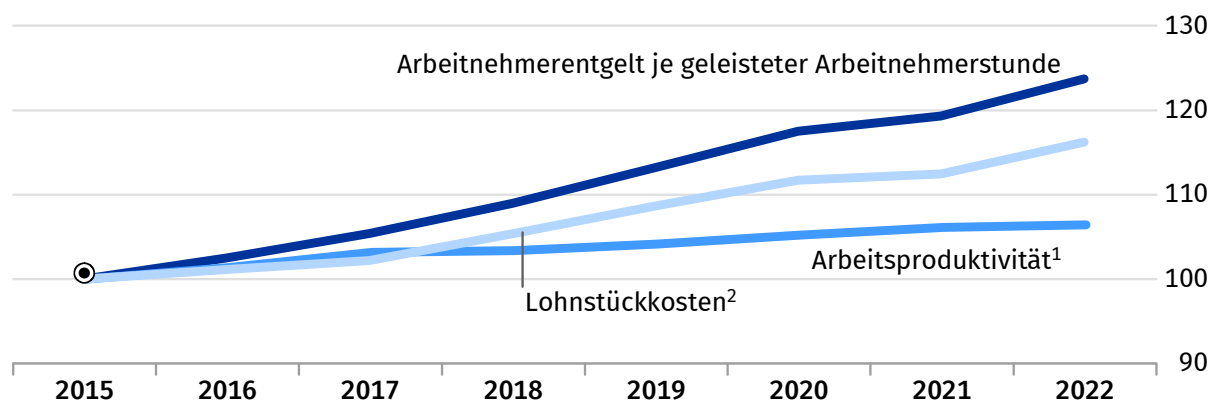
Seite - 14 -

## 9. Die Lohnkosten stiegen kräftiger als die Arbeitsproduktivität.

Schaubild 9

### Arbeitsproduktivität und Lohnstückkosten (Stundenkonzept) in Deutschland

Index 2015 = 100



1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

2 Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zur Arbeitsproduktivität je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Nach ersten Berechnungen nahm die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde, im Jahr 2022 nur leicht um 0,3 % zu. Gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen stieg die Arbeitsproduktivität um 0,6 %. Der Unterschied erklärt sich vor allem durch die geringere Inanspruchnahme von Kurzarbeit und die Verschiebung von geringfügiger zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit mehr Arbeitsstunden.

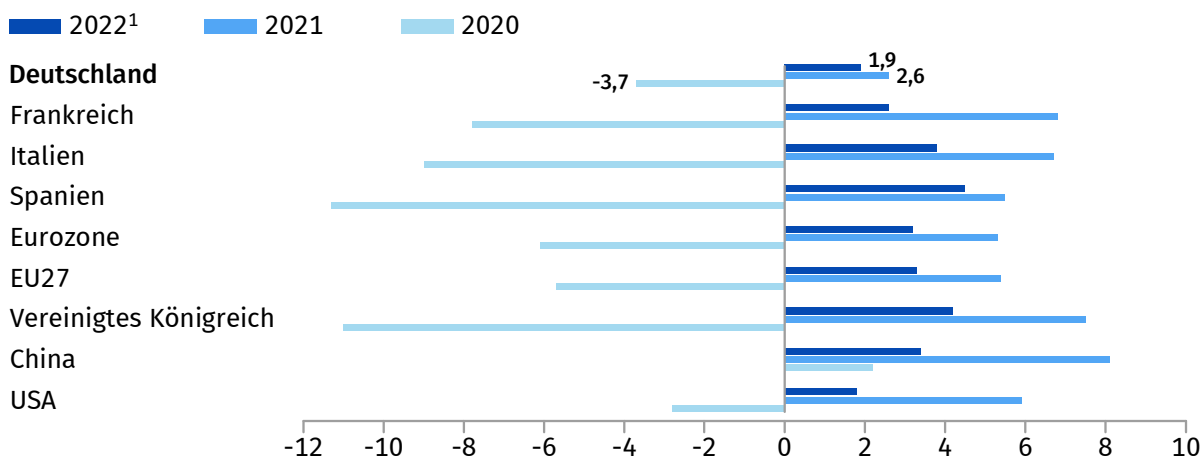
Stärker als die Arbeitsproduktivität stiegen im Jahr 2022 die durchschnittlichen Lohnkosten, gemessen als Arbeitnehmerentgelt pro Kopf (+3,9 %) beziehungsweise pro Stunde (+3,7 %). Folglich nahmen auch die Lohnstückkosten – definiert als Relation der Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität – zu. Sowohl nach dem Stundenkonzept als auch nach dem Personenkonzept waren die Lohnstückkosten 3,3 % höher als 2021.

## 10. Die deutsche Wirtschaft wuchs langsamer als der Durchschnitt der EU-Staaten.

Schaubild 10

### Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Prognose Herbst 2022, außer Angabe für Deutschland.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Da innerhalb der Europäischen Union (EU) und darüber hinaus nur Deutschland zu diesem frühen Zeitpunkt bereits ein BIP-Ergebnis für das Jahr 2022 veröffentlicht, können für internationale Vergleiche aktuell nur Prognosen herangezogen werden. Die Europäische Kommission erwartet in ihrer Herbstprognose für die 27 EU-Mitgliedstaaten einen Anstieg des preisbereinigten BIP um 3,3 %. Für die 20 Staaten der Eurozone (bereits inklusive Kroatien) wird mit einem leicht geringeren Wirtschaftswachstum gerechnet (3,2 %). Mit einem Anstieg des preisbereinigten BIP von 1,9 % verzeichnete die deutsche Wirtschaft im EU-Vergleich also voraussichtlich ein unterdurchschnittliches Wachstum. Für die anderen großen EU-Mitgliedstaaten sowie das Vereinigte Königreich liegen die Prognosen der Europäischen Kommission teils deutlich höher. Für die Vereinigten Staaten (+1,8 %) erwartet die Europäische Kommission ein Wachstum in ähnlicher Größenordnung wie in Deutschland. Die Wirtschaftsleistung der Volksrepublik China wird laut Prognose um 3,4 % zulegen.

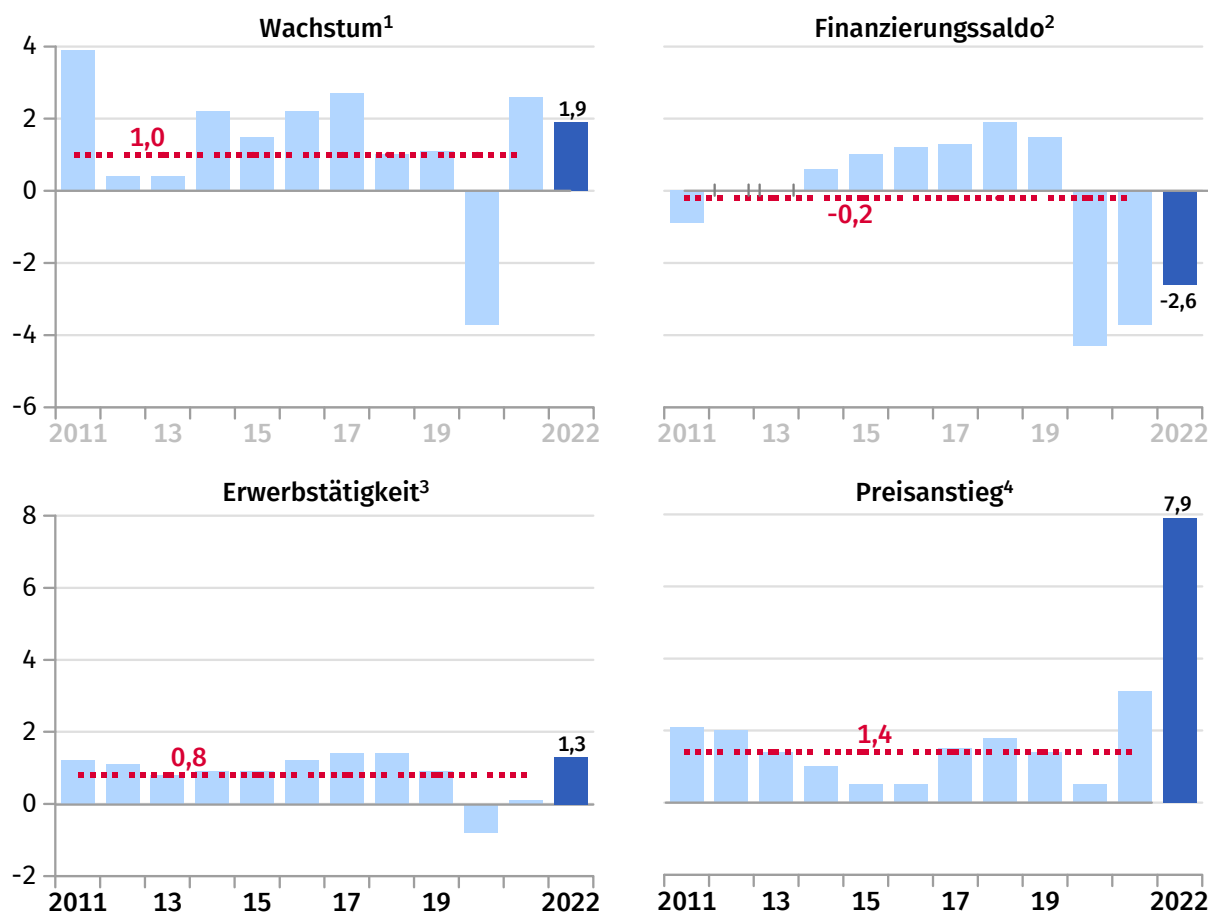
Allerdings gehörte Deutschland im internationalen Vergleich auch zu den Ländern, deren Wirtschaft im ersten Jahr der Corona-Pandemie 2020 am wenigsten stark eingebrochen war. Entsprechend hat die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 das Vorkrisenniveau von 2019 erstmals wieder übertroffen (+0,7 %). Neben Deutschland überschritten wohl auch die EU insgesamt sowie Italien und Frankreich ihr Vor-Corona-Niveau; China und den USA war das bereits 2021 gelungen. Spanien und das Vereinigte Königreich, deren Wirtschaft im europaweiten Vergleich infolge der Corona-Pandemie mit am stärksten einbrach, liegen voraussichtlich auch 2022 noch unterhalb ihres Vorkrisenniveaus.

### 11. Zusammenfassend lässt sich zur gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland im Jahr 2022 Folgendes festhalten:

Schaubild 11

#### Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland in %

..... Durchschnitt 2011–2021



1 Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP). 2 Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP. 3 Veränderung der Erwerbstätigen im Inland. 4 Veränderung des Verbraucherpreisindex.



1. Trotz Energiekrise und massiv steigender Preise als Folge des Krieges in der Ukraine, Material- und Lieferengpässen sowie andauernder Corona-Pandemie hat sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 gut behauptet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt für Deutschland nahm um 1,9 % zu. Damit übertraf das BIP wieder das Vor-Corona-Niveau des Jahres 2019. Wachstumsstützend wirkten vor allem die privaten Konsumausgaben und die Ausrüstungsinvestitionen.
2. Die staatlichen Haushalte verzeichneten 2022 erneut ein Finanzierungsdefizit. Neue Belastungen infolge der Energiekrise überlagerten die Entlastung des Staatshaushalts durch auslaufende Corona-Maßnahmen. Für Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen ergab sich insgesamt ein Minus von etwas mehr als 100 Milliarden Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich daraus für den Staat eine Defizitquote von 2,6 %, die damit deutlich niedriger war als in den beiden vorangegangenen Jahren.
3. Der Arbeitsmarkt konnte sich trotz Fachkräftemangel von der Corona-Krise erholen und zeigte sich in einem weiterhin schwierigen Umfeld äußerst robust. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland stieg um 1,3 % und erreichte mit durchschnittlich 45,6 Millionen Erwerbstätigen im Jahr 2022 einen neuen Höchststand.
4. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt 2022 voraussichtlich um 7,9 %. Maßgeblich verantwortlich für diese historisch hohe Inflation im Jahresdurchschnitt waren die extremen Preisanstiege bei Energie und Nahrungsmitteln infolge des Kriegs in der Ukraine und Lieferengpässen in der Produktion. Die Preissteigerungen waren auf vorgelagerten Wirtschaftsstufen noch deutlich stärker als auf der Verbraucherebene.
5. Im internationalen Vergleich fiel das Wachstum der deutschen Wirtschaft im Jahr 2022 voraussichtlich geringer aus als in fast allen anderen europäischen Staaten. Allerdings war die Wirtschaftsleistung in den meisten Staaten während der Corona-Krise auch deutlich stärker eingebrochen als in Deutschland. Das Vorkrisenniveau wurde sowohl in der EU insgesamt als auch in den meisten großen Mitgliedstaaten überschritten.

Erste Ergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im 4. Quartal 2022 wird das Statistische Bundesamt am 30. Januar 2023 veröffentlichen. Detaillierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgen am 24. Februar 2023.